Polittheater um Migrationsgipfel

Die «Ampel» scheitert an sich selbst

FATINA KEILANI, BERLIN

Eines lässt sich vorab festhalten: Um in Sachen Migration die Kontrolle zu gewinnen, braucht die «Ampel» nur sich selbst. Sie kann mit ihrer Mehrheit Gesetze beschliessen, und deshalb sind die Appelle an die Union und das Reden von der «gemeinsamen Verantwortung» nur Vorwand. Was dem Wähler allerdings am Dienstag geboten wurde, ging darüber hinaus. Es war das reinste politische Affentheater.

Geeint sind die Akteure in einem: Sie müssen befürchten, dass sie von der AfD aus ihren Ämtern gefegt werden, wenn sie weiter keine erkennbaren Ergebnisse erreichen. In Brandenburg steht eine Wahl an, die dritte Landtagswahl in diesem Jahr im Osten; bereits die Wahlen am vorletzten Sonntag in Thüringen und Sachsen haben eine katastrophale Abstrafung der regierenden Parteien mit sich gebracht.

Das Thema der irregulären Migration muss also angepackt werden, so viel ist klar. Das ist das «Ob». Unklar ist das «Wie». Die Union besteht auf Zurückweisungen an den Grenzen und hat das zur Bedingung für ihre Teilnahme an Verhandlungen gemacht. Am Dienstag erging gurrend ein Angebot der «Ampel» an die Union, das man in der Rückschau als Lockvogelangebot ansehen könnte: Der Union wurde vermittelt, man sei ihr sehr weit entgegengekommen, ja im Grunde bestehe sogar Einigkeit. Schriftlich bekam sie nichts. Die Christlichdemokraten sagten zu. Als sich dann beim Gipfel zeigte, dass die vom Innenministerium angekündigte «europarechtskonforme und effektive Art der Zurückweisung» letztlich kaum mehr ist als das, was ohnehin schon praktiziert wird, warf die Union hin. Unterdessen waren Journalisten vom Ministerium mit Schriftstücken versorgt worden.

Und was tat der Bundeskanzler? Er warf der Oppositionspartei «Taschenspielertricks» und «Provinzbühnenschauspielerei» vor. Es habe schon vorher festgestanden, dass sie die Gespräche abbrechen würde. Die Grünen-Chefin Ricarda Lang schrieb auf X, die Union mache «ausschliesslich Vorschläge, die nicht umsetzbar sind», und stehe dann «wie ein trotziges Kind vom Verhandlungstisch auf». Dass das eigene, irreführende Angebot dieses Hinwerfen provoziert haben könnte, kommt der «Ampel» wohl nicht in den Sinn. Am Mittwoch griff Olaf Scholz den Oppositionsführer Friedrich Merz in der Bundestagsdebatte abermals an. Dieser habe sich «in die Büsche geschlagen».

Scholz' Angriffslust parierte Merz ruhig, beinahe staatstragend. Den Vorwurf wies er allerdings deutlich zurück. «Die Behauptung, dass dies gestern eine Inszenierung von mir gewesen sei, ist infam», ätzte Merz. Er betonte, seine Position sei und bleibe unverändert. Nötig sei «die Zurückweisung aller Asylbewerber an den deutschen Staatsgrenzen, die allesamt nach den Regeln der Europäischen Union in dem Land, in dem sie zuerst eingereist sind, einen Asylantrag hätten stellen müssen», zumindest auf Zeit. «Wir begeben uns mit ihnen auch nicht in eine Endlosschleife von Gesprächen», sagte Merz. Die Regierung brauche die Union nicht, da es ja nicht um eine Verfassungsänderung gehe, fügte er maliziös hinzu – wissend, dass die «Ampel» sich vor allem selbst blockiert, da sie von ihrem grünen Teil behindert wird.

Friedrich Merz ist nicht Angela Merkel, im Gegenteil. Er bleibt stehen, wo sie umfiel. Allerdings ist Deutschland inzwischen auch ein anderes Land. Der migrationspolitische Sündenfall fand 2015 statt, als Bundeskanzlerin Angela Merkel aus Angst vor hässlichen Bildern die bereits beschlossene Grenzschliessung, die auch die Zurückweisung von Asylbegehrenden umfasste, im letzten Moment abblies.

Das aktuelle Angebot der «Ampel», Migranten mit Eurodac-Treffern (also solche, die in einem anderen EU-Land schon registriert sind) an der Grenze festzuhalten und nach einem Schnellverfahren in das Land der Antragstellung zurückzuschicken, reicht der CDU heute nicht mehr, dabei reicht es weiter, als die CDU unter Merkel 2018 kam. Anno 2018 hatte sich Angela Merkel mit ihrem Innenminister Horst Seehofer darüber gestritten. Seit 2015 ist die Bundesrepublik der Massenmigration ausgesetzt, und der Zustrom reisst nicht ab. Ein wirksames Management dessen fehlt weiterhin. Es kann nicht durch politische Windmacherei ersetzt werden.

Wenn Deutschland nun doch die Grenzen schlösse, kämen die hässlichen Bilder mit Verspätung, begleitet von Konflikten mit den Nachbarstaaten. Denn diese haben sich angewöhnt, die Migranten nach Deutschland weiterziehen zu lassen, statt sie wie vorgeschrieben ins Asylverfahren zu nehmen. Sie hätten sich dann plötzlich um viel mehr Migranten zu kümmern, was sie nicht wollen.

Wenn Scholz trotz hässlichen Bildern und absehbaren Konflikten mit den Nachbarstaaten standhielte, könnte er beim deutschen Wähler Punkte gewinnen. Die «Ampel» braucht zwar nur sich selbst – aber sie scheitert auch an sich selbst.

TV-Debatte der US-Präsidentschaftskandidaten

Ein Punktesieg für Kamala Harris

ISABELLE JACOBI

Vom ersten Moment an machte Kamala Harris klar, dass sie in dieser Fernseh-Debatte in die Offensive geht. Sie betrat die Bühne, schritt zu Donald Trump hinüber, streckte ihre Hand aus und stellte sich vor: Kamala Harris. Trump konnte nicht anders, als ihr die Hand zu schütteln, wortlos und überrascht.

Das war der Auftakt zu einem Schauspiel, das für Trump-Anhänger wohl schwer zu ertragen war. Kamala Harris verfolgte klar das Ziel, Donald Trump aus dem Gleichgewicht zu bringen, und nach 26 Minuten gelang es ihr. Es lohnt sich, diesen Moment genauer anzuschauen. Es ging thematisch um die Migration, ein gefährliches Terrain für Kamala Harris und eigentlich eine Chance für Trump, die Vizepräsidentin für die Zunahme der Migration unter der Biden-Regierung verantwortlich zu machen. Doch Harris lenkt in ihrer Antwort ab und beginnt davon zu reden, dass Trumps Wahlkampfveranstaltungen schlecht besucht seien und das Publikum offensichtlich gelangweilt sei.

Trump, der bekanntlich eine Obsession mit der Grösse seiner Veranstaltungen hat, schluckt den Köder. Er beginnt, wirr zurückzuschlagen, sagt, dass Harris ihr Publikum mit Bussen herankarre, dass das Land sowieso am Ende sei, dass Migranten amerikanische Hauskatzen essen würden, und beendet den Ausbruch mit der Feststellung, Kamala Harris werde das Land zu einem zweiten Venezuela machen, auf Steroiden. Später spricht er von Wahlbetrug und verharmlost den Sturm auf das Capitol vom 6. Januar 2021. Hat Trump den richtigen Charakter, um zu regieren? Quod erat demonstrandum.

Harris lehnt sich zurück und lächelt. Nicht nur hat sie von einer ihrer grössten politischen Schwächen abgelenkt, sie hat Trump dazu gebracht, sich von der schlimmsten Seite zu zeigen, seinen Narzissmus und seinen Hang zu fremdenfeindlichen Verschwörungstheorien. Genau davor haben ihn seine Berater gewarnt: Bleib bei der Politik, bei der Migration, der Inflation, all den Schwächen der Biden-Regierung, hämmerten sie ihm ein. Doch Trumps Reflexe sind stärker als taktische Vernunft. Kamala Harris hingegen setzte die gut studierten Angriffe präzis um. Teilweise klang sie wie Trump, wenn sie ihn als schwach oder als Blamage bezeichnete oder sagte: «Putin würde dich zum Mittagessen verspeisen.»

Dabei gab es durchaus Momente, in welchen Trump argumentativ punkten konnte. Etwa, als er sagte, die Biden-Regierung habe keine Ahnung von Wirtschaftspolitik. Tatsächlich wirken die Ideen von Kamala Harris, eine «Chancenwirtschaft» zu bauen, kaum überzeugend. Mit Steueranreizen für Startups, Subventionen für die grüne Energie, Kindergeld und Wohnbauförderung lässt sich eine Volkswirtschaft nicht ankurbeln und die Inflation nicht bekämpfen – und auch nicht, indem man den Plan ohne die grossen wirtschaftlichen Akteure macht. «Sie hat keinen Plan, es ist Bidens Plan», sagte Trump und konnte damit in den ersten Minuten der Debatte punkten. Aber das war, bevor er die Fassung verlor.

Kontrastreich war der aussenpolitische Teil der Debatte. Während Harris eine Kontinuität der Ukraine-Politik Bidens versprach und die Leistung herausstrich, eine breite Koalition gegen Russland gebaut zu haben, bekräftigte Trump, dass er den Krieg sofort mit einem Deal mit Putin beenden würde, ohne jedoch zu sagen, wie dieser genau aussehen würde. Joe Biden und Kamala Harris warf er vor, dass sie nicht die richtigen Worte gefunden hätten, um Putin im Vorfeld des Angriffs auf die Ukraine zu bremsen. Ebenso prangerte er die chaotischen Umstände des Rückzugs aus Afghanistan an. Es war einer seiner Höhepunkte in der Debatte. Doch dann nannte er Ungarns Ministerpräsidenten Viktor Orban ein vorbildliches, starkes Staatsoberhaupt, was für den Ex-Präsidenten einer Weltmacht unangebracht wirkt.

Eine amerikanische Fernsehdebatte ist nicht ein politisches Seminar, sondern eine ruppige Kampfsportart. Es gewinnt, wer den Gegner in die Defensive drängt, ob mit Argumenten, physischen Machtdemonstrationen oder Schlagfertigkeit. In dieser Runde – das räumen sogar republikanische Kommentatoren ein – hat Kamala Harris klar nach Punkten gesiegt. Für die in weiten Bereichen des Landes unbekannte Politikerin war es ein wichtiger Moment. Sie konnte beweisen, dass sie fähig ist, einem gewieften Gegner wie Trump Paroli zu bieten. Nun steigt sie gestärkt in die heisse Phase des Wahlkampfs, der in allen Ecken des Landes ausgetragen wird. Bereits hat ihre Kampagnenleitung zu einem zweiten TV-Duell aufgefordert. Es wird interessant sein, ob Trump den Fehdehandschuh aufhebt.

«Jetzt rede ich», sagt Trump, als er sich in die Ecke gedrängt fühlte. «Vielleicht weisst du ja, was ich meine.» Tatsächlich musste sich Kamala Harris früher auch schon so das Wort erkämpfen. Die Dynamik hat sich geändert.

Sprachkenntnisse von Expats

Mit Englisch ist es in der Schweiz nicht getan

DOMINIK FELDGES

«English, please» wird einem vom Servierpersonal im Café oder an der Bar zu verstehen gegeben, und das mitten in Zürich, Basel oder in Zug. Dasselbe kann einem auch beim Zahnarzt oder beim Sportartikelhändler passieren. Englisch, die weltweit mit Abstand am meisten gesprochene und verstandene Sprache, ist auch in der Schweiz auf dem Vormarsch. Dies hängt vor allem mit den Arbeitskräften zusammen, die Jahr für Jahr zu Zehntausenden neu aus dem Ausland zuziehen.

Viele von ihnen sind selbst nicht englischer Muttersprache, doch weil sie kein Deutsch oder Französisch sprechen, unterhalten sie sich in der Fremdsprache, die ihnen am geläufigsten ist. Und dies ist vor allem bei Fachkräften in aller Regel Englisch. Auch viele Schweizerinnen und Schweizer sprechen gerne Englisch. Die Sprache geht ihnen einfacher von der Zunge als das Französische oder – im Fall der Romands – das Deutsche. Immer häufiger wird das Englische selbst bei Gesprächen über den Röstigraben hinweg benutzt.

Und doch verbreitet sich in der Schweiz ob des wachsenden Gebrauchs der englischen Sprache ein gewisses Unbehagen. Am Arbeitsort, in der Beiz, im Schwimmbad, im Quartier, beim Bäcker, überall höre man Englisch, beklagen sich selbst Bewohner, die weit gereist sind, internationale Bekanntschaften pflegen und sich überdurchschnittlich gut auf Englisch verständigen können. Dabei fällt auch immer wieder der Hinweis, dass manche Zugezogene auch nach jahrelangem Aufenthalt in der Deutschschweiz noch immer kaum ein Wort Deutsch sprächen.

Schlecht dazu passt, dass die Schweiz von Zugezogenen ohne Kenntnisse der Landessprachen erwartet, dass sie dieses Manko rasch beheben. «Die Kenntnis einer Landessprache ist eine Grundvoraussetzung für die erfolgreiche berufliche und soziale Integration», schreibt das Staatssekretariat für Migration unmissverständlich auf seiner Website. Doch vor allem gut qualifizierte Zuzüger foutieren sich oft um diese Erwartung. Dabei machen es ihnen die Behörden auch einfach, denn noch immer brauchen sich für den Erhalt einer Aufenthaltsgenehmigung (Ausweis B) nur die Ehegatten für einen Sprachkurs anzumelden – und auch dies nur, wenn sie selbst nicht arbeiten. Beim Besuch des Kurses wird zudem lediglich die Erlangung elementarster mündlicher Kenntnisse des Niveaus A1 erwartet. Viel mehr als sich vorzustellen sowie Adieu und Danke zu sagen, lernt man dort nicht.

Etwas höher sind die Hürden erst bei der Erteilung der Niederlassungsbewilligung (Ausweis C) nach ununterbrochen zehnjährigem Aufenthalt in der Schweiz. Dann können auch sonst noch so gut ausgebildete Manager oder Zahnärztinnen den Spracherwerb hierzulande nicht mehr den Ehegatten überlassen. Sie müssen belegen, dass sie im Schriftlichen wenigstens das tiefste Niveau A1 und im Mündlichen das nächsthöhere Niveau A2 erfüllen. Allerdings genügt auch das nicht, um in der Schweiz einen einfachen Zeitungstext zu verstehen oder einigermassen sattelfest Kundengespräche zu führen. Dafür ist die dritte Stufe, das Niveau B1, im Minimum erforderlich. Es wird – mit gutem Grund – auch bei Einbürgerungsgesuchen vorausgesetzt.

> Die Schweiz übt eine grosse Anziehungskraft auf internationale Fachkräfte aus. Im Gegenzug sollte sie aber auch entschiedener Kenntnisse der Landessprache einfordern, die am Wohnort gesprochen wird.

Die Schweiz übt dank ihrer hohen Lebensqualität eine grosse Anziehungskraft auf internationale Fachkräfte aus. Im Gegenzug sollte sie aber auch entschiedener Kenntnisse der Landessprache einfordern, die am Wohnort der zugezogenen Person gesprochen wird. Dabei stehen nicht nur die Migrationsbehörden in der Verantwortung, sondern auch die Arbeitgeber. Statt ihre Beschäftigten nach der Ankunft aus dem Ausland in Sprachkurse zu schicken, sagen sich viele, das sei doch alles kein Problem, da im Unternehmen ohnehin mehrheitlich Englisch gesprochen werde.

Damit drücken sich Unternehmen nicht nur vor der Integration ihrer Beschäftigten an deren neuem Lebensort. Sie nehmen auch in Kauf, dass innerhalb der einheimischen Bevölkerung und damit bei den Stimmbürgern Rufe nach einer Begrenzung der Zuwanderung zusehends lauter werden.